

Bulletin

Politikwissenschaft und politische Bildung Science et formation politique

Mit Beiträgen von
Eduard Kaeser
Monika Waldis
Daniela Koller
Kerstin Nebel und Adrian Vatter
Horst Biedermann und Fritz Oser
Rolf Gollob
Sarah Bütikofer und Georg Lutz
Flavio Bundi
Jürg Steiner
Regula Stämpfl

43. Jahrgang, Nr. 1 – April 2017
43ème année, no1 – avril 2017
ISSN 1663–9898

Fiktion und Algorithmen: Politische Bildung im Wandel

Regula Stämpfli

Auftakt

Politische Bildung und Demokratie waren lange Zeit in ihrer Zielsetzung deckungsgleich: Jeder Bürgerin und jedem Bürger sollte ermöglicht werden, an der in der Öffentlichkeit geführten Auseinandersetzung teilzunehmen.

Das Netz transformiert nun alles. Einerseits begünstigt es Partizipation und Demokratisierung: User verändern das politische Setting kommunikativ via Technik und treiben damit die digitale Revolution voran. Gleichzeitig macht sich mit O/1 ein Reduktionismus bemerkbar, bei dem das politische Geschehen nur noch Clouds, Ratings und Influencer-Klicks gehorcht. Wer Demokratie ausschliesslich auf Daten reduziert, schafft sie ab.

Die Umfrage-Demokratie war dabei effizienter Vorläufer dieser Entwicklung – sie hat den Verlust des Politischen eingeleitet. Das Wissen um politische Zusammenhänge wurde irrelevant – Hauptsache, die betreffende Partei, Institution oder Regierung hatte gute Umfragewerte. Umfragen machten politische Themen wie Umweltschutz, Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu einer Ware wie jede andere auch. Umfragen entschieden über den Verkaufswert des Politischen – sie wurden sozusagen zum «Fast Food» der Demokratie, das nur oberflächlich nährt, langfristig jedoch Mangelerscheinungen mit sich bringt. Leider ging die Einsicht in dieses zentrale Charakteristikum postmoderner Demokratien auch an den politischen Bildungsverantwortlichen vorbei. Die Historizität des Kontrollwahns durch Zahlen blieb unerkannt und richtete in den letzten zwanzig Jahren wahre Verwüstungen in den europäischen Demokratien an. Die besserwisserische Irrelevanz apolitischer und damit demokratieferner Datenerhebung bringt Hannah Arendt auf den Punkt: «Menschen sind nur darum zur Politik begabte Wesen, weil sie mit Sprache begabte Wesen sind. Wären wir töricht genug, auf die von allen Seiten neuerdings erteilten Ratschläge zu hören und uns dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaften anzupassen, so bliebe uns nichts anderes übrig, als auf das Sprechen überhaupt zu verzichten. Denn die Wissenschaften reden heute in einer mathematischen Symbolsprache, die ursprünglich nur als Abkürzung für Gesprochenes gemeint war, sich aber hiervon längst emanzipiert hat und aus Formeln besteht, die sich auf keine Weise zurück in Gesprochenes verwandeln lassen. Die Wis-

senschaftler leben also bereits in einer sprachlosen Welt, aus der sie qua Wissenschaftler nicht mehr herausfinden. Und dieser Tatbestand muss, was politische Urteilsfähigkeit betrifft, ein gewisses Misstrauen erregen.»¹

Nun wird die Umfrage-Demokratie von der Netz-Demokratie abgelöst. Auch diese schöpft ihre Kraft aus Daten, verfügt aber über unterschiedliche Formen und Deutungen, diese in den politischen Diskurs einzubringen. Die Netz-Demokratie hat für die politische Bildung enormes Potential, sie leidet aber unter einem Grundwiderspruch: Das Internet eignet sich zwar für politische Debatten, aber noch nicht für die institutionelle Verankerung demokratischer Partizipation. Demokratie braucht, wenn sie nicht alternativlos werden will, grossen Spiel- und Deutungsraum. Dieser wurde in den letzten Jahren durch die Daten-Diktatur der *Global Players* wie Google *et al.* nach einer ersten Aufbruchphase wieder eingekerkert. Die Demokratie als Tasten- und Zahlenverhältnis in den Händen von Monopolunternehmen muss daher der Kernpunkt politischer Bildung und Aufklärung werden.

Was das Netz für die politische Bildung bedeutet, haben Tina Piazzini und Stefan Seydel schon angedeutet: «Es hat sich gezeigt, dass sich die Zeichen der Schrift noch viel konsequenter analysieren, reduzieren und

¹ Hannah Arendt, *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München, 2002, S. 11

* Gmeindstrasse 5, 9444 Diepoldsau, Deutschland

E-mail: regula.staempfli@yahoo.de
www.regulastaempfli.eu und www.regulastaempfli.ch



Regula Stämpfli, Dr. phil., Dipl. Coach, ist seit der Geburt ihres ersten Kindes 1994 als Politologin/Autorin/Beraterin national und international selbstständig tätig. Die promovierte Historikerin und politische Philosophin war bis 2012 Dozentin für Politik an der Schweizer Journalistenschule und bis 2014 Leiterin des Internationalen Forums für Gestaltung IFG in Ulm. Seit 2008 unabhängige Forschungsexpertin für die Europäische Kommission; bis 2013 Hochschulrätin der Fachhochschulen Köln, bis 2012 Mitglied des Ethikrates für öffentliche Statistik und seit 2014 diplomierte systemische Coach. Betreuung mehrerer nationaler und internationaler Forschungsprojekte zu politischer Kultur (1991), Medienforschung (2011), Populismus in der EU (2007) und Konstruktion von Gender in Militär-, Sozial-, Wirtschafts- und Mediengeschichte (2002). Sie ist Autorin zahlreicher Bücher u.a. zur politischen Philosophie von Hannah Arendt.

maschinisieren lassen. Auf ganze zwei Ziffern. Null und Eins. Genauer: Auf ganze zwei Zahlen. 0/1. Besser: Auf ganze zwei «Zustände». Nicht/Strom».² Algorithmen kreieren in den Händen, Köpfen und Ideen von Menschen neue Formen von Politik und politischer Bildung – so geschehen im arabischen Frühling 2011, der jedoch mit restaurativer institutioneller Gewalt niedergeschlagen wurde. Seitdem bewegt sich die digitale Revolution überall auf der Welt weniger in Richtung Freiheit, als vielmehr in Richtung autoritativer Systeme, insofern politische Diskurse identitär und privatisiert auf Formen statt auf Inhalte rekurren. So schliessen sich Marktideologie und Big Data in vielen Bereichen zusammen. Feminismus beispielsweise dreht sich oft nicht mehr um klassische politische Ziele wie die Beseitigung von Ungerechtigkeiten, als vielmehr um die Etablierung einer Marke. Fred Turner beschreibt diesen Weg als Prozess von einer «*counterculture*» hin zu einer «*cyberculture*», von einer utopischen Demokratie hin zu einer Überwachungs-Ökonomie.³ Gegenwärtig scheint es so, als vermöchte die Verbandelung von Technologie und Politik, von Silicon Valley und Geheimdiensten, alle Illusionen netzdemokratischen Aufbruchs zu vernichten.

Doch lassen wir uns nicht täuschen: Die Prozesse, die uns gestalten und deren Teil wir sind, haben nicht nur mit der digitalen Revolution zu tun, sondern auch mit der Art und Weise, wie in den letzten Jahren der öffentliche und politische und somit der demokratische Gestaltungsraum verschwand. Unter diesen Vorzeichen gilt es, die Inhalte der politischen Bildung zu diskutieren.

Das Ende der Demokratie: Corporate Design und Bildung im Kreditkartenformat

Es war eine von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtete Revolution, die 2007 stattfand. Die politischen Institutionen wie Bund, Kantone und Gemeinden drehten der «Willensnation» Schweiz den Rücken und verpassten sich ein Corporate Design. «Logo» statt Politik scheint seitdem den demokratischen Entscheidungsprozess zu prägen.⁴ Die gesamte Bundesverwaltung tritt einheitlich mit Schweizer Wappen und der Bezeichnung «Schweizerische Eidgenossenschaft» in Erscheinung. Die Neue Zürcher Zeitung, die zehn Jahre später über die Verrohung des politischen Diskurses klagt, lobte damals die Vereinheitlichung in höchsten Tönen, weil damit endlich dem «bisherigen Wildwuchs an Logos und eigenständigen graphischen Auftritten der verschiedenen Ämter und Departemente beendet

war». Auch bildungspolitischen Verantwortlichen fiel in der Lobeshymne zum Corporate Design der «Nation Schweiz» nicht auf, dass es «unschweizerisch ist, schweizerisch zu sein» (Edgar Bonjour). Dabei war ein geschärftes Gespür für das Kommende schon damals möglich: «Die Verschiebung von Repräsentativität zur Identität, von relevant zu irrelevant, von Allgemein- zu Einzelinteressen, von Thema zur Person, von Politik zur Biologie, von Argument zu Schlagworten, von Diskussion zu Propaganda, von Kompetenz zu Prominenz, von Wahrhaftigkeit zu Image, von weise zu sexy, von Komplexität zur Plakatierung, von Langfristig- zur Kurzfristigkeit, von grossen Linien zur Nanowahrnehmung, von liberaler Argumentationsdemokratie zur Demoskopie-Demokratie bringt ein Rauschen, das letztlich jede Zahl, damit die Norm, die Vereinheitlichung über das Leben stellt.»⁵ Diese Warnung vor dem Politischen als Marktinstrument und Corporate Design fand 2007 noch kein Gehör. Dass das «Nation branding» der Eidgenossenschaft Teil hat an der Zersetzung der Demokratie, war nur Diskussion unter den Gestaltern, die seit den 1930er Jahren um die Verantwortung sogenannt ästhetischer Kommunikation wissen.

Was hat dies alles mit dem Stand der politischen Bildung 2017 zu tun? Politische Bildung hängt eng mit Politik, der Form der Politik und deren Erkennungswert zusammen. Das ist nicht banal. Mit dem Corporate Design öffentlicher Institutionen werden einheitliche Linien vorgezeichnet, mit dem Ziel, dem einheitlichen Design die einheitliche politische Kontrolle folgen zu lassen. Demgegenüber müssen Demokratie und die darin gepflegte politische Bildung Raum bieten für Öffentlichkeit und plurale Diskurse, sie dürfen nicht uniform erscheinen, sondern nur plural. Demokratie braucht mehrere Begriffe, Bilder, Ansprechpartner nebeneinander. Dies war über Jahrzehnte Selbstverständnis der politischen Bildung in der Schweiz. Die Gleichzeitigkeit der ästhetischen Gleichschaltung politischer Institutionen mit der «Harmonisierung» – d.h. die weitgehende Einebnung aller Unterschiede – auch in der Bildung war nicht zufällig. «Bologna-Reform», «Harmos» und Lehrplan 21 reihen sich ein in die Bestrebungen, visuelle und inhaltliche Vergleichbarkeit mittels Corporate Design auf allen Ebenen durchzusetzen. Nicht zufällig ist es deshalb, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften, die sich seit Jahrzehnten kritisch mit Gleichschaltung, ästhetischen Diktaten und der Privatisierung öffentlicher Güter, Institutionen und Dienstleistungen befassen, der «Effizienz», dem «Businessplan» und der «Optimierung» weichen mussten – oder diese verinnerlicht haben.

² Tina Piazza / Stefan Seydel: *Die Form der Unruhe*. 2011, S. 33.

³ Süddeutsche Zeitung, 9.3.2017

⁴ BAZ, 5.2.2007. Zur Diskussion Demokratie und Corporate Design siehe auch Lehrgang „Brave New Democracy“ 2010-2012

⁵ Regula Stämpfli, *Die Macht des richtigen Friseurs*, Brüssel 2007, S. 9

Politische Bildung besteht heute aus einem Gemisch von Zeichen und Codes, von Posts und Tweets, von Skandalisierung und Personalisierung, von Freund-Feind-Schemata – aus Kollektivprodukten, die via Corporate Design, Datenanalyse und Umfragen das Denken standardisieren. Politische Bildung ist weitgehend medial vermittelt und gehorcht medialen Logiken. Diese sind sowohl emotional als auch kognitiv und verknüpfen sich in einem Wiedererkennen von politischen Botschaften. So schleichen sich banale Slogans in komplexe Lehrpläne. Symptomatisch hierfür ist die Kennzeichnung aller öffentlichen Mitgliedschaften in einem Kreditkartenformat: Identitätskarte, Museumsmitgliedschaft und Schülerausweis unterscheiden sich formal in nichts von einer Cumuluskarte. Politische Bildung wird durch den Zwang, sich in Kreditpunkte einordnen zu lassen, die auf einer Bildungs-Kreditkarte gesammelt werden, ihres Kerns beraubt. Die flächendeckenden Checks mit inhaltsneutralem *«teaching to test»*⁶ entsprechen keiner Bildung, sondern einem stupiden Auswendiglernen. Wer die Namen der amtierenden Bundesräte kennt, weiss nichts über deren Politik. Doch dieses, den gängigen Quizformaten der Medien angepasste Abfragen, wird schweizweit zum Standard erhoben. Die politischen Wissenschaften versammeln sich in politischen Labors, in welchen Demokratie nach völlig unpolitischen Kategorien gewogen und vermessen wird. Wahlen und Abstimmungen folgen dem Skript von Umfragen und Datenanalysen statt den politischen Programmen.

Der Kulturanthropologe David Graeber redet in diesem Kontext von der «Utopie der Regeln» in Bildungsinstitutionen, die nicht dem aufklärerischen Impetus von Gleichheit, Freiheit und Solidarität, sondern den Mechanismen einer funktionellen Bildungsbürokratie gehorchen.⁷ Die Form, also die mediale Präsentation, ist dabei verräterisch uniform. Dass Schulen und Universitäten beispielsweise zu «Betriebseinheiten» mutieren, ist mehr als nur eine semantische Transformation, insofern sich damit «unnützes» Wissen reduzieren lässt. Wenn Schülerinnen und Studenten als «Klientinnen» operieren, dann sind sie keine Bürgerinnen und Bürger der Zukunft, sondern multifunktionell einsetzbare *«human resources»*, die den Bedürfnissen von Wirtschaft und Macht gehorchen. Folgerichtig werden von Schulleitern zunehmend Managementqualitäten erwartet. Entscheidend sind nicht die Inhalte, sondern das ausgeglichene Budget. Zudem stehen (Hoch-) Schulen global miteinander im Wettbewerb. Wozu braucht es in einem solchen System überhaupt noch

politische Bildung? Unternehmen kennen keine Nationalität. Formulare, Berichte, Anwaltsvorschriften, Behörden, wechselnde Studienlehrpläne und intransparente Ratings treten an die Stelle der relativ banalen Feststellung der Verfassungsväter von 1848, dass der Einführung des allgemeinen Männerstimmrechts die obligatorische Schulpflicht an die Seite zu stellen sei. Lehrmittel, Lehrpläne, Testmatrices, Standards, Excel-Tabellen, pädagogische Ausbildung etc. dienen heutzutage vor allem dem Standort-Marketing.⁸ Ausdrucksstark in diesem Zusammenhang sind die ECTS – jene Abkürzung für Leistungspunkte im Rahmen des *«European Credit Transfer System»*: Bildung ist eingebunden in ein internationales Kreditsystem; die ECTS-Punkte sind Leistungsmesser für die Ausbildungs-Spartenabteilungen innerhalb des globalen Finanzkapitalismus.

Kein Wunder ist die politische Bildung nicht mehr kreditwürdig, wenn man heute von verantwortlicher Seite hört, dass es die Geisteswissenschaften braucht, um die Gesellschaft auf die technischen Errungenschaften, zum Beispiel der Life Sciences, vorzubereiten.⁹ Solche Sätze klingen wie das propagandistische Stahlbad für künftige undemokratische Kontrollwelten. Dazu wiederum Hannah Arendt: «Vergleicht man die moderne Welt mit den Welten, die wir aus der Vergangenheit kennen, so drängt sich vor allem der enorme Erfahrungsschwund auf, der dieser Entwicklung inhärent ist. Nicht nur, dass die anschauende Kontemplation keine Stelle mehr hat in der Weite spezifisch menschlicher und sinnvoller Erfahrungen, auch das Denken (...) ist zu einer Gehirnfunktion degradiert (...). Die Gesetze der Statistik sind überall da gültig, wo sehr grosse Zahlen oder sehr lange Zeitabschnitte ins Spiel kommen: vom statistischen Standpunkt aus gesehen sind Taten oder Ereignisse in ihrer Vereinzelung bloss Abweichungen oder Schwankungen. (...) Wendet man also die Gesetze, deren Gültigkeit sich überhaupt nur an grossen Zahlen und langen Zeitabschnitten erweisen kann, unbesehen auf die Gegenstände der Politik und der Geschichte an, so hat man diese Gegenstände bereits unter der Hand eliminiert (...)»¹⁰

Die Logik globaler Bildungs-Unternehmen mit Standortmarketing und Wachstumsmarkt bei Studierenden und Studienlehrgängen ist in ein System gebettet, das politische Bildung als Störfaktor empfindet. Das auf marktkonformes Denken und Handeln eingeschworene verinnerlichte Weltbild wurde von Paula

⁶ Einspruch! Kritik zu Bologna, Harnos und Lehrplan 21, Basel 2016.

⁷ David Graeber, Bürokratie. Die Utopie der Regeln, Stuttgart 2015.

⁸ Karl-Heinz Dammer et al. (HG), Zur Aktualität der Kritischen Theorie für die Pädagogik, München 2016.

⁹ BAZ, 22.12.2015

¹⁰ Hannah Arendt, Vita activa oder Vom tätigen Leben, Taschenbuchausgabe Piper, München 2002, S. 410.

Chakravartty und Dan Schiller in einer aufsehen-erregenden Studie namens «*Bankspeak*» belegt.¹¹ Für die politische Bildung bedeutet dies die Aneignung ökonomischer Logiken in einem Bereich, der seit den alten Griechen von Ökonomie, d.h. dem Privaten, dem Notwendigen, dem Haus, unangetastet bleiben sollte.

Politische Bildung im Zeitalter der binären Codes

In postdemokratischen Demoskopie-Ländern hat sich die klassische staatsbürgerliche Bildung von der republikanischen Grundlage zur ideologisch aufgeladenen Expertokratie gewandelt. Ratingagenturen und Umfrageinstitute übernehmen den politischen Diskurs. Nicht mehr die klassischen politischen Leistungen (zum Beispiel Währungsstabilität, Frieden, Sicherheit, gute Verteilungsgerechtigkeit, Umweltschutz) sind entscheidend, sondern nur noch die Symbole, das Image und die auf Wiederwahl oder Neuwahl gerichtete Erzählung dominieren den politischen Diskurs. So ersetzen Demoskopen und Moderatoren die politischen Akteure und treten an ihre Stelle. Damit wird die vom Stimmvolk gewählte Politikerin enteignet: Nicht wie sie handelt, ist für ihre Neu-, Wieder- oder Abwahl entscheidend, sondern die Projektion eines Bildes, einer Fiktion von ihr. Eine Fiktion, die sich auch in den digitalen Medien niederschlägt.

Das brandgefährliche Gemisch von Mainstream-Politik, die seit Jahren auf «*Politainment*» fixiert ist, bringt politische Karrieren hervor, die eigentlich schon längst hätten beerdigt sein sollen. Dabei erfasst die umfassende crossmediale Kommunikation auch die öffentlich-rechtlichen Kanäle. Die begleitenden Medienangebote, die online nahegelegt werden wie Hintergrundinformationen zu Polit-Talks, Interviews mit Experten, Gespräche mit Dok-Machern, Bücher etc., werden in die Social Media eingespeist und verbreiten die politischen Fiktionen auf allen Kanälen. Form und Funktion haben sich gewandelt: Nicht der Inhalt entscheidet über die Form, sondern die Formen selber – Twitter, Facebook, Google, Wikipedia et al. – machen die Inhalte. Der Hybridisierung von Sujets, Hyperlinks und Genres, von Inhalten und Formen sind keine Grenzen gesetzt. Wahlen und Abstimmungen werden mehr und mehr durch gut geschnürte Datenpakete gewonnen, nicht durch Mehrheiten.

Vor diesem Hintergrund müsste die politische Bildung der Zukunft unbedingt die Freiheit zu Google und die Freiheit von Google thematisieren. Dazu

braucht es technisches Wissen, aber noch mehr kritisches Denken, das sich nicht entlang von Datenströmen, sondern anhand von Argumenten entwickelt. Gleichzeitig drängt sich eine Datentransfersteuer (pro-Klick-Steuereinnahmen) auf.¹² Denn es geht nicht an, dass sich die liberale Logik des «keine Steuern ohne politische Repräsentation» in globale Daten-Diktaturen in den Händen einiger Unternehmensmogule oder Staatskapitalisten verwandelt. Politische Bildung muss aufzeigen, dass Menschen heute – viel stärker als dies Karl Marx je hätte voraussagen können – in gewinnbringende Einheiten zusammengestutzt werden. Politische Bildung heute hiesse, über die Rechte und die Pflichten der Datenherrscher und der Datenbürger zu informieren, anstatt weiterhin Fiktionen klassischer Staatsrechtslehre aufrecht zu erhalten.

Ausblick

Die demokratischen Systeme befinden sich spätestens seit dem Medienwandel unter Druck – damit auch die politische Bildung. Unter dem Druck dieses technischen Wandels verändern sich die Demokratie und damit das Wissen und die Vermittlung über sie. Interessanterweise sind die meisten Menschen heutzutage besser über aktuelle und globale Ereignisse informiert als Generationen vor ihr, doch bestehen diese Informationen aus fragmentierten Fakten und stellen noch kein Wissen dar, das kollektive Aktionen als demokratische Willensdemonstrationen ermöglichen würde. Viel zu oft vertrauen politische Akteure technischen und medialen Fiktionen.

Was bedeutet dies für die politische Bildung?

Setzen wir «Bürgerin» einmal dem Begriff des Users gleich. User verstehen etwas von Programmen und sie tun mit der Politik genau das, was sie sich gewohnt sind: Sie verändern das Setting, wenden Variationen an, loggen in, ein und durch, erfinden neue Players oder gar Games. User wählen nicht mehr unbedingt den Stimmzettel, sondern die Klicks. User können Ungerechtigkeiten ebenso aufdecken wie Shitstorms anzetteln. Die Frage bezüglich politischer Bildung ist: Können sie dies auch ohne Strom, das heisst ohne die klassischen Macht- und Beteiligungsverhältnisse inklusive traditionellem Wissen darüber? Welche realen und virtuellen Schritte muss die Userin auf dem Weg zur Bürgerin noch leisten? Die meisten User können sich schon jetzt, wenn sie dies wollen, aus irgendeinem Winkel der Welt politisieren. Menschenrechte, Kompetenz und Freiheit sind jedoch nicht an Hashtags, sondern an die reale Welt gebunden. Welche Bastille sollen Facebookler, Googlerinnen und Twitter-Fans denn eigentlich stürmen? Wie

¹¹ Paula Chakravartty, Dan Schiller, Neoliberal Newspeak and Digital Capitalism in Crisis, International Journal of Communication 4 (2010) 670-692.

¹² Regula Stämpfli, Do we need new taxes? TEDx-Conference Bern 2017.

transformiert man Algorithmen? Wie klärt man über sie auf? Trotz dieser Einschränkung werden die Chancen der neuen Medien für die politische Bildung unterschätzt. Neue Konzeptionen, demokratische Partizipationsmodelle und politische Transformation finden heutzutage auch im Netz statt.

Politische Bildung müsste also heissen: Lernt alle programmieren. Was indessen die reale Welt des Politischen betrifft, so müssen die klassischen Institutionen eines Rechtsstaates gestützt werden, der

die Internalisierung aller externen Kosten als Auftrag der Freiheit vom Staat für jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger wahrnimmt. Noch bestehen Verfassungen, die auch eingeklagt werden sollten. Und deshalb lautet der politische Bildungsauftrag im Jahre 2017: die Eroberung der Welt nicht als Zahl, sondern als Denken. Das Dogma, das behauptet, Leben sei im wesentlichen Datenverarbeitung, muss gestürzt werden. Denn die Welt ist keine algorithmische Scheibe – ein Zustand von 0 und 1, sondern sie dreht sich. ■

Jahresberichte der Hochschulen / Rapports annuels des Hautes Ecoles

Einmal pro Jahr bringen wir an dieser Stelle einen von nahezu allen Hochschulleitungen unterstützten Überblick über einige wichtige Punkte aus dem Leben der schweizerischen universitären Hochschulen. Die Berichte werden freiwillig abgegeben und die Liste ist daher nicht vollständig.

Für das Jahr 2016 finden sich auf den folgenden Seiten Berichte der unten genannten acht Hochschulen. Wir danken der Verfasserin und den Verfassern für die gute Zusammenarbeit.

ETH Zürich

Ulrich Schutz, Stab Rektorin, ulrich.schutz@sl.ethz.ch

Universität Basel

Hans Amstutz, Generalsekretär, hans.amstutz@unibas.ch

Universität Bern

Dr. Christoph Pappa, Generalsekretär, christoph.pappa@gs.unibe.ch

Universität Luzern

lic. phil. Dave Schläpfer, Mitarbeiter Öffentlichkeitsarbeit, dave.schlaepfer@unilu.ch

Université de Neuchâtel

Fabian Greub, Chargé des relations publiques, fabian.greub@unine.ch

Françoise Voillat, Adjointe au rectorat, francoise.voillat@unine.ch

Universität St. Gallen HSG

Marius Hasenböhler-Backes, Leiter Kommunikation, marius.hasenboehler-backes@unisg.ch

Università della Svizzera italiana

Albino Zraggen, Segretario generale, albino.zraggen@usi.ch

Universität Zürich UZH

Dr. Rita Stöckli, Generalsekretärin, rita.stoeckli@gs.uzh.ch

ETH Zürich

Ulrich Schutz

Lehrpolicy und Qualität der Lehre

Im Herbst hat die Schulleitung mit der «Lehrpolicy» und der «Qualität der Lehre an der ETH Zürich» die Grundsätze für die Lehre definiert. Während die Lehrpolicy die handlungsleitenden Werte für die Lehre beschreibt, definiert die «Qualität der Lehre an der ETH Zürich» nicht nur die Qualitätskriterien für Studiengänge und Lehrveranstaltungen, sondern hält auch die Erwartungen an die im Lehrbetrieb beteiligten Personen von der Studiengangsleitung über die Dozierenden bis hin zu den Studierenden fest. Die beiden Papiere dienen den in der Lehre beteiligten Personen als Orientierung, sie stellen aber auch ein zentrales Instrument des Prorektors für Curriculumsentwicklung dar, der an der ETH Zürich die Studiengangsrevisionen begleitet.

Critical Thinking

Zu Beginn des Jahres hat die Schulleitung Prof. Dr. Gerd Folkers, Präsident des Schweizerischen Wissen-

schafts- und Innovationsrates, zum Leiter der «Critical Thinking»-Initiative ernannt. Im Rahmen der Initiative wurde im Sommer zum zweiten Mal die ETH-Woche durchgeführt, eine interdisziplinäre Projektwoche zum Thema «Challenging Water», an der 180 Studierende aus 20 Ländern und allen 16 Departementen teilgenommen haben.

Lehre

Wichtige Impulse für die Entwicklung der Lehre hat der Lehr-Retreat des Jahres 2015 gegeben, der – ganz im Sinne der «Critical Thinking»-Initiative – unter dem Titel «Freiräume schaffen» stand. Im Rahmen dieses Retreats haben die in der Lehre beteiligten Personen und Vertreterinnen der Stände daran gearbeitet, wie die ETH-Studiengänge entschlackt, wie den Studierenden ein Optimum an Wahlmöglichkeiten eingeräumt und nicht zuletzt die Interdisziplinarität verstärkt werden kann. Im Rahmen von laufenden und bereits er-

folgten Studiengangsrevisionen wurden zentrale Punkte aus dem Lehr-*Retreat* bereits umgesetzt.

In vier Departementen wurde ein Pilotprojekt lanciert, das es erlaubt, die Basisprüfung, die bisher nach dem ersten Studienjahr abgelegt werden musste, in zwei unabhängigen Blöcken zu absolvieren und damit auf zwei Semester aufzuteilen. Ziel des Projekts ist es, den Studierenden so früh wie möglich eine Rückmeldung zum Lernverhalten und zur Eignung fürs Fach geben zu können und damit den Studienerfolg zu erhöhen. Die Evaluation des Projekts wurde zudem mit einer Studie kombiniert, deren Ziel es ist, Ressourcen und Hindernisse für den Studienerfolg von Studentinnen und Studenten im Basisjahr wie z.B. Motivation, Vorwissen und Lernstrategien zu identifizieren.

Zum Ende des Jahres 2016 hat die Rektorin das Testat als Zulassungsbedingung zu Prüfungen definitiv abgeschafft. Anstelle des Testats sollen andere Formen von Feedbacks (z.B. freiwillige *Midterms*) eingesetzt und weiterentwickelt werden, die stärker auf die Eigenverantwortung der Studierenden setzen und eine bessere Lernerfolgskontrolle erlauben. Wichtige Impulse hierzu soll der zweite Lehr-*Retreat* im Frühjahr 2017 bringen, der unter dem Titel «Von Lernnachweisen zu Bildungsausweisen» steht.

Im Jahr 2016 wurde zum ersten Mal der KITE-Award (*Award for Key Innovation in Teaching at ETH*) verliehen. Dieser Preis für innovative Lehre wird alle zwei Jahre verliehen und trägt dazu bei, erfolgreiche Lehransätze über Fachgrenzen hinweg bekannt zu machen. Der erste Preis wurde Prof. Dr. Mirko Meboldt für das «Innovationsprojekt» verliehen, eine Erstsemester-Lehrveranstaltung, in welcher 500 Studierende in 90 Teams eigenverantwortlich ein funktionierendes mechatronisches System als Lösung für eine kompetitive Problemstellung entwickeln.

Besonders zu erwähnen sind ausserdem die Vorbereitungen des neuen Bachelorstudiengangs in Humanmedizin, der im Herbst 2017 starten wird und der den Absolventinnen und Absolventen den Wechsel in die konsekutiven Masterstudiengänge an den Partner-

universitäten von Zürich, Basel und der italienischen Schweiz erlauben wird. Eine Besonderheit des neuen Bachelorstudiengangs ist, dass die medizinischen und klinischen Module mit naturwissenschaftlichen verbunden sind, welche die Voraussetzung für die fünf medizinwissenschaftlichen Schwerpunkte *Drug Discovery* und Personalisierte Medizin, Medizintechnik, Medizinische Bildgebung, Medizininformatik sowie *Public Health* legen.

Weiterbildung

Zur Förderung der Weiterbildung und zur Verstärkung des Wissens- und Technologietransfers hat die Schulleitung im September 2016 einen Massnahmenkatalog verabschiedet, der unter anderem verschiedene Anreize für Dozierende vorsieht, um neue Weiterbildungsprogramme und Fortbildungskurse insbesondere in den Schwerpunktgebieten der ETH-Forschung zu lancieren.

Student Project House

Um den Studierenden an der ETH Zürich Raum für selbstständige, interdisziplinäre und extracurriculare Projekte zu eröffnen, plant die ETH Zürich an ihren Standorten je ein *Student Project House*. Diese Einrichtung soll als «Denk- und Werkstätte» mit einer offenen und inspirierenden Umgebung fungieren, die Raum zum Experimentieren bietet und als «Fabrikationsstätte» auch das Entwickeln von Prototypen erlaubt. Um das Betriebskonzept bis zur Eröffnung des *Student Project House* im ETH Zentrum im Jahr 2019 zu erproben, ist im vergangenen Jahr auf dem Höggerberg die «Pilot Station» mit rund 200 qm Fläche eröffnet worden.

Cyathlon

Ein besonderer Erfolg des vergangenen Jahres war die erste Ausgabe des «Cyathlon», einem internationalen Wettbewerb, in welchem sich 66 Teams in sechs Disziplinen in ihren Assistenztechnologien für Menschen mit Behinderung gemessen haben. Jeweils zwölf Teams sind in den Disziplinen wie Arm- und Beinprothesen in einem Parcours alltäglicher Herausforderungen gegeneinander angetreten. Aufgrund des grossen Erfolgs ist vorgesehen, den Cyathlon in vier Jahren erneut durchzuführen. ■

Universität Basel

Hans Amstutz

Für die Universität Basel war das vergangene Jahr das dritte in der vierjährigen Leistungsperiode 2014–2017. Im Jahr 2016 haben alle sieben Fakultäten ihre Entwicklungs- und Strukturplanungen für die Leistungsperiode 2018–2021 durchgeführt, auf deren Basis der

Universitätsrat im Oktober 2016 den Trägerkantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft seinen Bericht und Antrag zur Universitätsfinanzierung für die vierjährige Periode ab 2018 zugestellt hat. Nachdem der Kanton Basel-Landschaft schon 2015 angekündigt hatte,

seine Beiträge an die Universität spürbar kürzen und den im Jahr 2006 abgeschlossenen Staatsvertrag über die paritätische Trägerschaft der Universität allenfalls kündigen zu wollen, hat der Kanton Basel-Stadt dem Partnerkanton auf vier Jahre verteilt 80 Mio. CHF zugesprochen mit der Auflage, dass während dieser Zeit auf eine Vertragskündigung verzichtet wird und Verhandlungen zur Anpassung des Finanzierungsmodus der Universität aufgenommen werden. Aufgrund dieser Ausgangslage stellt sich die Universität Basel für die neue Leistungsperiode in ihren Planungen auf eine Konsolidierungsphase ein. Der neue Leistungsauftrag und die Höhe der Globalbeiträge wird von den Regierungen im besten Fall bis Mitte 2017 ausgehandelt, die parlamentarische Beratung im Grossrat Basel-Stadt und im Landrat Basel-Landschaft wird aller Voraussicht nach erst in der zweiten Jahreshälfte stattfinden.

Abgesehen von diesen in der Universität mit einer gewissen Beunruhigung wahrgenommenen Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen war das vergangene Jahr für die Universität Basel ein Jahr der Kontinuität. Wenn inhaltlich und organisatorisch spektakuläre Ereignisse eher ausblieben, so heisst das nicht, dass an der Universität nicht in den verschiedensten Bereichen permanent Neues entwickelt oder Bestehendes optimiert wird – was im Folgenden an drei willkürlich ausgewählten Beispielen aus den Bereichen Infrastruktur, Forschung und Studierende veranschaulicht werden soll:

Das *Forum für Edition und Erschliessung* (FEE) ist eine neu aufgebaute Forschungsinfrastruktur an der Universitätsbibliothek Basel für die Erarbeitung von kritischen Editionen; zugleich bietet sie bibliothekarische und administrative Unterstützung bei der Durchführung von in Basel angesiedelten Editionsprojekten an. Die Einrichtung von FEE wurde mit verursacht durch Vorgaben des Schweizerischen Nationalfonds, der ohne ein Engagement der Universität editorische Langzeitprojekte nicht mehr unterstützt hätte. Die Struktur besteht aus einem Nutzerausschuss, in dem die Wissenschaftler vertreten sind, einem Büro, das diese administrativ und technisch unterstützt und einem Steuerungsausschuss, der die strategische Ausrichtung sowie die Priorisierung der Bedürfnisse und Verwendung der Ressourcen festlegt. Die einzelnen Editionen werden aus (Dritt-)Mitteln der Forschungsgruppen finanziert. Für die Koordination und technische Expertise zur Abwicklung dieser Projekte wurden zwei Mitarbeiterstellen eingerichtet. Nachdem FEE im Jahr 2014 in einem Probetrieb gestartet wurde, hat sich die Einheit inzwischen so weit konsolidiert, dass im November 2016 das Entwicklungskonzept FEE vom Rektorat bewilligt und die notwendigen Massnahmen zur strukturellen Absicherung vollzogen werden konnten.

Klare Konturen gewonnen hat im Jahr 2016 die Initiative *Personalized Health Basel*, mit der im Hinblick auf die in der BFI-Periode 2017–2020 erwarteten Ausschreibungen des Bundes einer der strategischen Schwerpunkte der Universität Basel gefördert und der Life Science-Standort in Zusammenarbeit mit dem Hochschulplatz Zürich gestärkt werden soll. Unterstützt durch eine Impulsfinanzierung der Trägerkantonen zur infrastrukturellen Unterstützung und der Intensivierung der Forschung im zukunftssträchtigen Forschungsfeld der personalisierten Medizin konnte im Jahr 2016 nach langer Vorbereitung die komplexe Organisation und Governance von *Personalized Health Basel* genehmigt und in Kraft gesetzt werden. Prof. Dr. Radek Skoda, Departementsleiter Biomedizin an der Medizinischen Fakultät, wurde zum Leiter des vierköpfigen Executive Boards bestimmt. Drei Handlungsebenen stehen im Vordergrund: die Zusammenführung der lokalen Kompetenzen mit Abstimmung zwischen Universität (Forschung) und Kliniken (Gesundheitsversorgung), auf überregionaler Ebene die Etablierung der Zusammenarbeit Basel/Zürich und auf nationaler Ebene die Beteiligung am Kompetenzaufbau seitens des Bundes im Hinblick auf die BFI-Periode 2017–2020.

Das Projekt *Offener Hörsaal* beruht auf einer studentischen Initiative und will Flüchtlingen den Zugang zur Universität Basel erleichtern und den interkulturellen Austausch fördern. *Offener Hörsaal* hat sich als Verein konstituiert, der im Juni 2016 als Studentischer Verein der Universität Basel anerkannt wurde. Das Projekt ermöglicht Flüchtlingen mit akademischem Hintergrund Vorlesungen des Hörerprogramms der Universität Basel zu besuchen. Für teilnehmende Flüchtlinge werden die Hörergebühren durch das Projekt getragen. Sie können allerdings keine Prüfungen absolvieren. Daneben umfasst der *Offene Hörsaal* ein Buddy-Programm: Freiwillige Studierende, sogenannte Buddies, treffen sich vor Beginn der Vorlesungsphase und regelmässig während des Semesters mit den Teilnehmenden. So können Informationen zu universitären Einrichtungen und Dienstleistungen unkompliziert vermittelt und Fragen und Probleme besprochen werden. Das Rektorat hat dem Projekt seine ideelle Unterstützung zugesagt. Während viele Universitäten in Europa und in der Schweiz eigens Stellen in der Verwaltung geschaffen haben, wird das Anliegen an der Universität Basel durch aktives Handeln von Studierenden aufgenommen. Damit der Verein weiterhin die Hörergebühren übernehmen kann, wurde ihm aus einem der Rektorin zur persönlichen Verfügung bereitgestellten Fonds als einmaliger Beitrag die Summe von 10'000 CHF zugesprochen. ■